

diesen beiden Damen haben die Konsulentin im Fürsorgeministerium Dr. Alma Seih, ebenfalls eine bekannte Vorkämpferin für Frauenrechte, Frau Strobl, die schon unter Dr. Queger für die christlichsozialen Ideen eintrat, und Fräulein Schürmer ihren Platz. An der Spitze der Freiheitlichen sitzen Bürgermeisterin i. R. Marie Schwarz, die als eine der ersten die bürgerlichen Frauen organisierte, und Anitta Müller, bekannt durch ihre menschenfreundlichen Schöpfungen für die Flüchtlinge und deren Kinder während der Kriegszeit. Von den sozialdemokratischen weiblichen Gemeinderatsmitgliedern sind besonders bekannt Schriftstellerin Emmy Freundlich und die Herausgeberin der „Arbeiterinnenzeitung“ Adelheid Popp. Erstere ist eine Kennerin der gesamten Kommunalpolitik, betätigt sich insbesondere in Ernährungs- und Kinderfürsorgefragen und ist bekannt als Mitglied der handelspolitischen Kommission und des Wohnungsfürsorgeausschusses durch ihre sachlichen Debatten. Frau Adelheid Popp ist in ihrer Partei geschätzt durch ihre zielbewusste Tätigkeit. Frau Proschke, Gewerkschaftsführerin, ist eine sehr gewandte Rednerin, Frau Seidel, bekannt durch ihre Tätigkeit in der Arbeiterkonsumgenossenschaft, entfaltet ein hervorragendes Wirken in der Kinderfürsorge. Frau Probst ist Sekretärin der Sozialdemokratischen Frauen-Reichsorganisation und geschätzt als vorzügliche Versammlungsrednerin.

Die Christlichsozialen erscheinen zuerst mit Bürgermeister Dr. Weiskirchner und den Vizebürgermeistern Hof und Rain an der Spitze. Manche unter ihnen still und sichtlich gedrückt. Der frühere Vizebürgermeister Hierhammer hat den Staatssekretär des Innern Dr. Malaja und Stadtrat Tomola zu Nachbarn. Sein Nachfolger im Amte, der Sozialdemokrat Neumann, ist auf die äußerste Rechte überfiele. Der Bürgermeister begibt sich zunächst zu den Damen, tauscht Grüße aus, beirrt dann das Präsidium und erklärt unter allgemeiner tiefer Stille die konstituierende Sitzung für eröffnet. Nach seiner kurzen Ansprache, die von den Christlichsozialen mit Beifall aufgenommen wird, leisten die Gemeinderäte die Angelobung, worauf der Obmann des Bürgerklubs Stadtrat Schmid den Vorschlag auf Wahl des Bürgermeisters, der drei Vizebürgermeister, der sieben Schriftführer und dreißig Stadträte erstattet. Gewählt werden: Zum Bürgermeister Dr. Weiskirchner, zu Vizebürgermeistern Hof, Rain und Neumann, zu Schriftführern vier Christlichsoziale, zwei Sozialdemokraten und ein Freiheitlicher, zu Stadträten 17 Christlichsoziale, zehn Sozialdemokraten, drei Freiheitliche. Die Wahlen werden durch Zurufe einstimmig vollzogen. Hernach geben die Führer der einzelnen Parteien programmatische Erklärungen ab: Neumann für die Sozialdemokraten, Schmid für die Christlichsozialen, Dr. Hein für die Freiheitlichen, Seidl für die zwei Deutschnationalen, Dr. Hein für die drei Demokraten. Die Verlesung dieser Erklärungen erfolgt unter lebhaften Zustimmung- und Mißbilligungsrufen. Besonders während der langen Parteifundgebungen Neumanns ertönen auf den Bänken der Christlichsozialen wiederholt Protestrufe. Als Neumann daran erinnert, daß seine Partei in diesem Saale Jahre hindurch den Kampf um die Demokratisierung des Wahlrechtes, vorwiegend des Frauenwahlrechtes, ergebnislos führte, und die Christlichsozialen auf seine Angriffe lebhaft reagieren, ruft der Redner ironisch aus: „Meine Herren Christlichsozialen, Schuld sind Sie nicht daran, daß erst heute Frauen im Gemeinderat anwesend sind.“ Weitere Zwischenfälle ergeben sich bei der Rede des Stadtrates Schmid, auf dessen Bemerkung, daß die Christlichsozialen die Stadt Wien 22 Jahre hindurch verwaltet haben, aus der Mitte der Freiheitlichen gerufen wird: „Leiber!“ Diese lapidare Kritik erregt bei den Mitgliedern der früheren kompakten Mehrheit lauten Widerspruch. Die Erklärung des Vertreters der Deutschnationalen, Schriftleiter Seidl („Österreichische Rundschau“), daß der Gemeinderat jederzeit den deutschen Charakter der Stadt Wien wahren müsse, wird von einem großen Teile der Christlichsozialen mit demonstrativem Beifall begrüßt. Allen diesen parteimäßigen Kundgebungen hielten sich die zwölf weiblichen Mitglieder des Gemeinderates fern, sie saßen ruhig und würdevoll auf ihren Plätzen und hören mit großer Aufmerksamkeit die Reden.

Unmittelbar nach der Sitzung vereinigten sich die zwölf Frauen auf der linken Saalseite zu einer Gruppe und ein Photograph machte zwei Aufnahmen von den ersten weiblichen Mitgliedern des Gemeinderates.

Die Eröffnungssprache des Bürgermeisters.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung über die Umbildung des Gemeinderates. Laut Erlaß der niederösterreichischen Landesregierung wurde die Wahl der Mitglieder des Wiener provisorischen Gemeinderates mit 165 festgesetzt und dessen Zusammensetzung aus 84 Christlichsozialen, 60 Sozialdemokraten, 19 Deutschfreiheitlichen und 2 Deutschnationalen genehmigt.

Indem ich als bisheriger Vorsitzender des Wiener Gemeinderates die versammelten Herren und Frauen auf das verbindlichste begrüße, gebe ich der Hoffnung Ausdruck, daß es uns vergönnt sein möge, in voller Eintracht und durch die Zusammenfassung aller Kräfte in den schweren Zeiten, in denen wir leben, unseren Mitbürgern und Mitbürgerinnen die möglichste Hilfe und die möglichste Förderung in allen Belangen, die uns zustehen, zu bringen, die eben zu erfüllen in unserem Wirkungsbereich gelegen ist. In diesem Sinne erkläre ich die konstituierende Sitzung des provisorischen Gemeinderates für eröffnet.

Die Angelobung der Gemeinderäte.

Unsere Aufgabe ist es nunmehr, die von den Parteien vereinbarte Angelobung durchzuführen. Die Angelobungsformel lautet:

„Ich gelobe, der Republik Deutschösterreichs und der freien Stadt Wien jederzeit die Treue zu halten.“

Hierauf geschieht die Angelobung durch Namensaufruf, den Schriftführer Gemeinderat Philp beginnt und Dr. Scheu und Weiskirchner fortsetzen.

Die Wahlen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Nun kommen wir zum Gegenstand der Tagesordnung, Konstituierung des Gemeinderates durch die Wahl eines Bürgermeisters, dreier Vizebürgermeister, von sieben Schriftführern und dreißig Mitgliedern des Stadtrates.

Schmid: Im Einvernehmen mit den Parteien erlaube ich mir folgenden Wahlvorschlag zu erstatten:

Als Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner, für die Vizebürgermeister Franz Hof, Josef Rain und Jakob Neumann; zu Schriftführern: Josef Leitner, Alois Moisl, Georg Philp, Karl Richter, Dr. Gustav Scheu, Franz Stangelberger und Wilhelm Zimmermann; und in den Stadtrat: die Herren Karl Angermayer, Johann Breuer, Anton David, Friedrich Dechant, Georg Emmerling, Dr. Moritz Franz Haas, Dr. Oskar Hein, Johann Heindl, Josef Hellmann, Franz Höbel, Oswald Hohenstein, Karl Jung, Dr. Viktor Kienböck, Johann Knoll, Johann Kober, Edmund Melcher, Josef Müller, Karl Pich, Paul Richter, Ingenieur Heinrich Schmid, Hans Schneider, Hans Arnold Schner, Franz Siegel, Ferdinand Skaret, Franz Spalowsky, Leopold Tomola, Karl Vangoja, Anton Weber, Karl Weigl, Max Winter.

Schmid beantragt, daß nicht einzeln gewählt wird, sondern daß über die ganze Liste, nicht wie im Statut bestimmt ist, durch Stimmzettel, sondern durch Zettel abgestimmt wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche die vorgeschlagene Liste annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.)

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich erkläre die Wahl als einstimmig vollzogen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich nehme die auf mich gefallene Wahl dankbar an, und werde in alter Treue zu meiner Vaterstadt meine ganzen Kräfte in den Dienst des provisorischen Gemeinderates stellen, die Sitzungen objektiv leiten und bin mir der Mitarbeiterschaft aller Kollegen im Präsidium und Stadtrat ohne Unterschied der Partei gewärtig, weil es unsere heiligste Pflicht ist, die Gemeindeverwaltung jetzt in diesen schweren Zeiten durch die Wogen, die uns umtoben, zu führen. (Lebhafter Beifall.)

Die programmatische Erklärung der Sozialdemokraten.

Neumann gibt folgende Erklärung ab: In einer Zeit tiefster Umpolungen betreten wir sozialdemokratische Frauen und Männer in einer Anzahl, die der früheren Stärke unserer Partei entsprechen mag, diesen Saal. So vollzieht sich eine geschichtliche Notwendigkeit. Der furchtbare Krieg, den eine verbrecherische Diplomatie heraufbeschworen hat, die nicht ihr Leben, sondern Leben und Gesundheit des besten Teiles der Bevölkerung einsetzte, der Krieg, der dynastischen und imperialistischen Zwecken diente, und von den bürgerlichen Parteien aller Richtungen als eine erlösende Tat mit heller Begeisterung begrüßt wurde (Widerpruch bei den Christlichsozialen und Liberalen), endete mit dem Zusammenbruch des alten Reiches und mit der Herrschaft aller Privilegien, auch der Wahlprivilegien. Die Herrschaft in diesem Saale war immer auf der Entrechtung der heillosen Massen aufgebaut, die Verwaltung der Millionenstadt war stets auf dem Vorrecht kleiner Schichten bürgerlicher Kreise begründet sowohl in der Zeit der Liberalen, als auch in der Zeit der Christlichsozialen. Die Spottgeburt der allgemeinen Kurie, dieses Scheinrecht, hat den Wahlrechtsraub nicht erträglich gemacht. (Laute Zwischenrufe links.)

Die neu eintretenden Gemeinderäte, die noch immer eine Minderheit bilden, sind sich bewußt, daß ihrer eine schwere Aufgabe harret. Den Wienern, die auf uns hoffen, ist bewußt, daß unser Werk nicht über Nacht vollbracht werden kann. Was in Jahrzehnten gesündigt wurde, kann nicht in wenigen Wochen und Monaten wieder gutgemacht werden. Die Einrichtungen der Stadt sind nicht mit einem Schlage so umzuwandeln, wie es den Interessen der arbeitenden Bevölkerung entspricht. Es wird daher und langwieriger Arbeit bedürfen, jene Wandlung der Dinge und des Geistes zu bewirken, welche Wien zu einer Stadt macht, die ihre Pflicht allen Bewohnern gegenüber voll erfüllt und den ihr gebührenden Rang unter den Großstädten Europas zu behaupten weiß.

Die Hauptaufgabe der provisorischen Gemeindevertretung ist die Schaffung der Wahlreform, damit das Volk von Wien ehestens in die Lage komme, sein Urteil zu sprechen und die Stadtverwaltung nach seinem Willen zu führen. Nichtsdestoweniger wird die sozialdemokratische Vertretung in der Gemeinde mitwirken, dem drohenden wirtschaftlichen Niedergang der Stadt Wien durch geeignete Maßnahmen entgegenzuarbeiten. Die Beschaffung von Arbeit zur Verhinderung der Massenabwanderung der Arbeiterklasse, die Sicherung des Bestandes der Industrie und des Handels, wobei der Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Produktion der Weg weit zu öffnen ist, werden zu diesen Aufgaben gehören. Die Schule muß die volle Freiheit erhalten, keine Stunde länger dürfen die Schulen der Zummelpfad monarchischer Umtriebe bleiben. Wir sind es der Bevölkerung der Republik schuldig, den wirklich freien Schulunterricht möglich zu machen, den Schulkindern die Teilnahme am dem Unterricht gleichmäßig durch die unentgeltliche Bereitstellung der Lehrmittel zu sichern. Um der Volksgesundheit zu dienen, muß der Schulhygiene alle Aufmerksamkeit zugewendet werden.

Unter den zunächst an die Gemeinde herantretenden Aufgaben nehmen die der Appositionierung, der Wohnungs- und Jugendfürsorge einen breiten Raum ein. Schon während des Provisoriums müssen die Arbeiten zur Lösung dieser großen Aufgaben in Angriff genommen werden. Der sozialen Pflichten der Gemeinde gegenüber ihren Angestellten und Arbeitern sind sich die Sozialdemokraten wohlbewußt. Sie werden deren berechtigten Ansprüche stets vertreten. In der Fürsorge für Hilfsbedürftige müssen einschneidende Reformen getroffen werden.

Diese Worte lösen lebhaften Widerspruch in den Reihen der Christlichsozialen aus. Ranschall ruft: Er glaubt, wir sind im Arbeiterheim!

Neumann (ironisch): Meine Herren Christlichsozialen, Schuld sind Sie nicht daran, daß erst heute Frauen im Gemeinderat sitzen!

Neumann fährt dann fort: Nun noch ein Wort an die Klassengenossen in den anderen Ländern. Das arbeitende Volk hungert, es droht die Vernichtung der breiten Massen. Die Forderung der Glorade bringt keine Nachteile für die alten Machthaber mehr, sondern nur Siedum für die Bevölkerung, sie bedeutet qualvolles Hinsterben unserer Jugend. Es kann nicht der Wille der Arbeiter der Ententeländer sein, ihre Klassengenossen in eine Lage der Verzweiflung zu bringen, in der die junge demokratische Republik, die zur sozialistischen Republik werden soll, leidet. Sie werden gemäß im Interesse der proletarischen Klassenolidarität tun, was in ihrer Macht steht, um das Volk in Deutschösterreich, das sich von seinen militärischen Herrschern befreit hat, nicht untergehen zu lassen.

Auf jeglichem Boden muß die Arbeiterklasse ihre Kämpfe führen. Des großen Zusammenhanges unserer Tätigkeit hier mit den weltumwälzenden Vorgängen draußen uns bewußt, gehen wir an die Arbeit.

Die Erklärung der Christlichsozialen.

Schmid gibt namens des Bürgerklubs folgende Erklärung ab: Die christlichsoziale Partei des Wiener Gemeinderates erkennt vorbehaltlos die republikanische Staatsform an. Sie will ein freies, demokratisches Deutschösterreich mit einer Regierung, in welcher alle Parteien vertreten sind, so daß jede einseitige Parteidiktatur ausgeschlossen erscheint. (Beifall bei den Christlichsozialen.) Die christlichsoziale Partei anerkennt die Notwendigkeit der Demokratisierung auch bezüglich der Gemeindevertretungen und hat im Hinblick darauf anlässlich der Bildung des provisorischen Gemeinderates die größten Opfer gebracht. (Rufe: Sehr richtig!) Sie tritt für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Proportionalwahlrecht beider Geschlechter ein, verlangt aber unbedingte Freiheit der Wahlen (Lebhafter Zustimmung bei den Christlichsozialen, Gegenrufe bei den Sozialdemokraten), daher ausreichend geschützt gegen jede Störung der Versammlungs- und Wahlfreiheit. (Neuerlicher Beifall bei den Christlichsozialen.) Sie verlangt von der Regierung die unbedingte Aufrechterhaltung der Ordnung und der Sicherheit, daß die Bevölkerung mit Lebensmitteln, Roh- und allen übrigen notwendigen Bedarfsartikeln ausreichend versorgt und daß die Gemeindeverwaltung in der freien Beschaffung der Lebensmittel in keiner Weise behindert werde. (Bravo!) Die christlichsoziale Partei fordert nachdrücklich, daß die republikanische Regierung und die Nationalversammlung die Interessen der Hauptstadt Wien mit allen Kräften fördern.

Der neue Gemeinderat.

Die konstituierende Sitzung.

Der provisorische Gemeinderat von Wien hat sich gestern konstituiert. Eine durchgreifende Aenderung, dem politischen Umsturz angepaßt, hat diese Körperschaft erfahren. Die christlichsoziale Partei, bisher die Herrschaft unbestritten ausübend und behauptend, büßte durch die Umbildung die Dreiviertel-Mehrheit ein, mehr als fünfzig Mandate sind auf die Sozialdemokraten übergegangen, deren beiseitiges Häuflein von sieben Köpfen auf die starke Gruppe von sechzig Mann angewachsen ist. Die bürgerlich-freiheitlichen Gruppen stellen mit 19 Mandatsträgern die Mitte zwischen den beiden großen Parteien dar. Diese Umgestaltung prägt sich naturgemäß auch äußerlich im Bilde der Versammlung aus. Man kann sagen: Rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht. Dort, wo einst am linken äußersten Flügel die wenigen Sozialdemokraten saßen, haben jetzt friedliche Christlichsoziale ihre Sitze, just die Gemäßigten der Partei. Auf dem „Berge“ oben thronte einst Schumacher, von hier donnerte er seine Anklagen gegen die herrschende Partei in den Saal, geißelte die Schäden des Systems, in seiner urwüchsigem, humorvollen Art, die selbst die Schärfe des Tones miberte. Nun nimmt diesen Stammis des verstorbenen sozialdemokratischen Führers der konstante Vertreter der Gastwirtgenossenschaft Herr Othmar P. ein. Die Sozialdemokraten haben den ganzen rechten Abschnitt des Halbrunds ekkupiert, mit Ausnahme von fünf Sitzen, die den zwei Deutschnationalen und drei Demokraten eingeräumt worden sind. Im Zentrum die Mitglieder der bürgerlich-freiheitlichen Vereinigung, ganz vorn Frau Annitta Müller und Frau Maria Schwarz. Der Obmann der Vereinigung Dr. Hein sitzt auf dem Platze des verstorbenen Landesauschusses Vielohlawel — ist es Zufall oder Absicht? Man erinnert sich an die letzte Rede, die Vielohlawel in seiner Eigenschaft als Gemeinderat im Frühommer hielt, eine an drastischen Wendungen überreiche Polemik gegen das — Frauenwahlrecht. Unter stürmischer Heiterkeit malte Vielohlawel damals die Folgen aus, wenn Frauen in die Gemeindestube ihren Einzug halten würden. Das Ausräumerpersonal, sagte er, hätte nach der Sitzung vollauf zu tun, die in leidenschaftlichem Streite herausgerissenen „Wirln“ (Frauenhaare) vom Boden aufzulesen. Nun ist der Einzug von Frauen in den Gemeinderat zur Tat geworden, zwölf an der Zahl sind sie anwesend, nach Parteien gesondert: fünf links, fünf rechts, zwei in der Mitte. Fast durchwegs würdige Damen, die ernst und still den Reden der Männer folgen, sympathische Vertreterinnen ihres Geschlechts, dem die neue Zeit längst geforderte Rechte brachte.

Das Ereignis der ersten Sitzung des demokratischen Gemeinderates zog viel Besucher nach dem Rathaus. Die geräumigen Galerien waren dicht besetzt, das weibliche Element herrschte vor und auch von der Journalistengalerie haben die Damen bereits Besitz ergriffen, indem Mitarbeiterinnen von Tagesblättern zur Berichterstattung sich eingefunden haben. Auch die Plätze des amtlichen Stenographenbureaus im Gemeinderatssaal weisen eine Neuerung auf; am Tische der Amtstenographen nehmen zum ersten Male zwei Stenographinnen Platz, die ersten weiblichen Mitglieder des amtlichen Stenographenbureaus, die im Saale selbst tätig sind.

Knapp vor 5 Uhr betraten die ersten Gemeinderäte den Saal. Es sind zumeist Neulinge von der neuen „Rechten“, Sozialdemokraten. Zunächst die Führerin der Arbeiterinnen Frau Adelheid Popp und ihre Genossin Gabriele Probst. Sie werden von den Genossen begrüßt und zu ihren Plätzen geleitet. Dann Frau Anitta Müller, die jüngste unter den weiblichen Mitgliedern des Gemeinderates. Bächelnd nimmt sie die Grüße der Herren entgegen. Auf der rechten Seite in der ersten Reihe sieht man Frau Doktor Hildegard Burjan, die als Führerin der katholischen Arbeiterinnen in der Vereinigung „Soziale Hilfe“ eine hervorragende Rolle spielt. Neben ihr die Präsidentin des Christlichen Wiener Frauenbundes Oesterreichs Bürgerinsekretärin Walter, die bei der letzten Tagung der christlichen Frauen ein umfangreiches Referat erstattete, in welchem sie namens des Bundes energisch für das Frauenwahlrecht eintrat. In der zweiten Bank hinter